

Bericht der Deutsch-Britischen Stiftung

# **„Arbeitszuwanderung im Spannungsfeld zwischen Notwendigkeit und gesellschaftlichen Vorbehalten: Ein deutsch-britischer Vergleich“**

*Christina Boswell, Meng-Hsuan Chou, Julie Smith*

## **Zusammenfassung**

Der demografische Wandel und die Trends der internationalen Wirtschaft lassen auf den Arbeitsmärkten Europas im 21. Jahrhundert eklatante Engpässe in der Versorgung mit Arbeitskräften entstehen; dies gilt sektorübergreifend und betrifft unterschiedliche Spezialgebiete. Angesichts der drohenden Krise ist davon auszugehen, dass Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes Druck auf die europäischen Regierungen ausüben werden, zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Doch wie reagieren die Bürgerinnen und Bürger Europas, wenn von offizieller Seite eine verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften in Aussicht gestellt wird?

Die vorliegende Studie beleuchtet die Situation in zwei europäischen Staaten, deren Regierungen in der Vergangenheit bereits Maßnahmen zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte eingeführt haben: Großbritannien und Deutschland. Während das Ausmaß des Fachkräftemangels, mit dem beide Staaten zu kämpfen haben, vergleichbar ist, sind gewisse Unterschiede in Bezug auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu verzeichnen; sehr unterschiedlich sind in beiden Staaten die öffentlichen Reaktionen auf die Arbeitsmigration. Eine Analyse der Einwanderungsdiskurse gibt uns Aufschluss darüber, in welchen Punkten die Staaten in Bezug auf die Frage, wie der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften mit den Ängsten in der Bevölkerung zu vereinbaren ist, gegenseitig voneinander lernen können. Zu fragen ist außerdem, welche Lehren sich daraus für andere europäische Staaten ergeben.

Grundsätzlich können Regierungen zwei Richtungen einschlagen, um derartige gesellschaftliche Spannungen zu entschärfen: Eine Regierung kann alternative Reformkonzepte entwerfen, die den Engpass auf dem Arbeitsmarkt beseitigen sollen; oder sie konzentriert sich darauf, mit den Sorgen der Bevölkerung, die an die Zuwanderung von Fachkräften geknüpft sind, umzugehen. Wir gehen im Folgenden davon aus, dass bei Engpässen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor zunächst

innenpolitische Reformen in Angriff genommen werden, die den Arbeitsmarkt, den Bildungssektor oder die sozialen Sicherungssysteme betreffen. Ob dadurch jedoch schnelle und wirksame Mittel zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, um unmittelbar auf eine akute Krise zu reagieren, ist zu bezweifeln. Es bleibt daher anzunehmen, dass die Regierungen unter Druck geraten, zumindest kurzfristig auf die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zurückzugreifen.

Das Hauptaugenmerk der Politik sollte jedoch darauf gerichtet werden, auf die mit der Zuwanderung verbundenen Sorgen in der Bevölkerung zu reagieren. Es ist wichtig, dass die Verantwortlichen sich mit den möglichen Ursachen einer ablehnenden öffentlichen Meinung befassen. Im Folgenden werden zwei rivalisierende Thesen zu diesem Thema vorgestellt: Die erste These geht davon aus, dass eine einwanderungsfeindliche Haltung auf eine rationale Kostenkalkulation zurückzuführen ist; eine andere These lautet, dass sich in der konkreten Sorge weitaus diffusere Ängste spiegeln, die zum einen das soziale System und die Arbeitsmarktreform betreffen, zum anderen die Globalisierung, in deren Zuge die Kategorie der kollektiven Identität und der soziale Zusammenhalt zu schwinden scheinen. Eine empirische Untersuchung zu den einwanderungsfeindlichen Stimmen in zwei weitgehend vergleichbaren Staaten vor sehr unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Hintergründen, stützt vor allem die zweite These. Da Regierungen jedoch wenig Aussicht darauf haben, das Problem an seinen Wurzeln zu packen, müssen ihre Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, mit den Sorgen der Bevölkerung im Kontext des Themas Arbeitsmigration umzugehen. Im Einzelnen empfehlen wir daher den Regierungen:

- Anreize für eine parteipolitische Mobilisierung durch Zuwanderungsthemen zu vermeiden;
- die Öffentlichkeit über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der drohenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt besser aufzuklären und anschauliche Erklärungen zu liefern, wie sich mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Problem beheben lässt;
- wirksame Medienstrategien zur Verbreitung dieser Informationen zu entwickeln;
- in Großbritannien: der weit verbreiteten Assoziation Asylbewerber = Sozialhilfebe-träger entgegen zu wirken, indem Asylbewerbern umgehend eine Arbeitserlaubnis erteilt wird;
- in beiden Ländern: vereinte Bemühungen dahingehend zu unternehmen, Hinder-nisse zu beheben, die eine sozioökonomische Integration von Neuankömmlingen erschweren.

*Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:*

Annette Birkholz  
Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung  
Hackescher Markt 1, 10178 Berlin  
Tel +49 30 2063 4985, Fax +49 30 311 099 20  
E-mail [ab@agf.org.uk](mailto:ab@agf.org.uk), Website [www.agf.org.uk](http://www.agf.org.uk)

Dr. Christina Boswell  
Migration Research Group, Hamburg Institute of International Economics  
Neuer Jungfernstieg 21 D, 20347 Hamburg  
Tel +49 40 428 34 357, E-mail [christina.boswell@hwwa.de](mailto:christina.boswell@hwwa.de)

Dr. Julie Smith  
Stellvertretende Direktorin, Centre of International Studies  
17 Mill Lane, Cambridge CB2 1RX  
Tel: +44 1223 767235, E-mail jes42@cam.ac.uk

Meng-Hsuan Chou  
Centre of International Studies, University of Cambridge  
First Floor, 17 Mill Lane, Cambridge CB2 1RX  
E-mail mhc28@cam.ac.uk

***Anmerkung für Redaktionen:***

Die Deutsch-Britische Stiftung trägt seit dreißig Jahren zur politischen Entscheidungsfindung in Großbritannien und Deutschland bei, indem sie bilaterale Forschungen und die Diskussion wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen unterstützt, und die Ergebnisse dieser Tätigkeit Entscheidungsträgern, Praktikern und Beratern zugänglich macht.

Rezensionskopien des Berichtes können Sie bei der Deutsch-Britischen Stiftung anfordern. Es besteht auch die Möglichkeit, den Bericht unentgeltlich direkt von der Website der Stiftung herunter zu laden. Der Bericht ist im Buchhandel erhältlich (ISBN 1-900834-57-X) oder über den Vertrieb der Deutsch-Britischen Stiftung, YPS, Tel: +44 (0)1904 431 213 Fax: +44 (0)1904 430 868, Preis: £15.00

Die Autoren des Berichts:

Dr. Christina Boswell, Migration Research Group, Hamburg Institute of International Economics; Dr. Julie Smith, Centre of International Studies, University of Cambridge and The Royal Institute of International Affairs; Meng-Hsuan Chou, Centre of International Studies, University of Cambridge.